Sehr geehrte Damen und Herren,

genauso wie ganz Europa steht auch Niedersachsen am Scheideweg: Entweder wir stoppen endgültig die Verschuldungspolitik vergangener Jahrzehnte und verfolgen weiter den Konsolidierungskurs, den CDU und FDP seit 2003 konsequent verfolgen, oder wir erliegen der Versuchung und verschulden uns wieder auf Kosten unserer Kinder und Kindeskinder.

Die CDU-Fraktion und auch ich persönlich als finanzpolitischer Sprecher sind sicher, dass wir jetzt ernst machen müssen mit dem Stopp der Neuverschuldung. Darüber möchte ich Sie mit diesem Newsletter genauer informieren.

Außerdem will ich Ihnen von den Bemühungen der CDU-Fraktion berichten die Kalte Progression abzubauen. Im Landtag war darüber hinaus auch die Europapolitik ein herausgehobenes Thema.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.

Ihr Reinhold Hilbers

Neuverschuldung bis 2017 stoppen und Schuldenbremse verankern

Es bleibt dabei: Niedersachsen soll noch in diesem Jahr ein eigenes Neuverschuldungsverbot erhalten. Die Regierungsfraktionen haben daher einen Gesetzentwurf zur Änderung der Niedersächsischen Landeshaushaltsordnung beschlossen. Ab sofort fahren wir zweigleisig, um unser Ziel einer gesetzlich verankerten Schuldenbremse umzusetzen: Entweder stimmt die Opposition einer Verfassungsänderung zu, was insbesondere für die Kommunen von Vorteil wäre, da wir dann im gleichen Atemzug die Regelung zum Finanzausgleich für die Kommunen nach deren Wünschen anpassen würden. Oder sie bleibt bei ihrer Verweigerungshaltung, dann beschließen wir eine Änderung der Landeshaushaltsordnung. So oder so haben wir sichergestellt, dass Niedersachsen ein eigenes Neuverschuldungsverbot auf die Beine stellt.

Noch immer unklar ist, ob die SPD einer Verfassungsänderung zur Verankerung der Schuldenbremse zustimmt. Unsere Position ist unverändert: Wir wollen im Hinblick auf die finanzpolitischen Bedingungen Niedersachsen erfolgreich von der Neuverschuldung befreien – und zwar so schnell, wie es vernünftig möglich ist.

Niedersachsens Kommunen, die unseren Vorschlag ausdrücklich begrüßt haben, würden von der von uns favorisierten Verfassungsänderung profitieren, weil damit der so genannte Leistungsfähigkeitsvorbehalt gestrichen würde. Das ist innerhalb der Landeshaushaltsordnung nicht möglich. Zudem könnte eine Regierung nicht nach Gutdünken die mit der Schuldenbremse einhergehenden Ziele verändern. Die SPD sollte daher eine selbstkritische Bilanz ihres nun eineinhalb Jahre währenden Schuldenbremsen-Schlingerkurses zu ziehen.

Dann müsste sich die SPD eingestehen, dass ihr die Standpunkte der Verbände, Kommunalen Spitzen und des Bundes der Steuerzahler spätestens seit der zweitägigen Anhörung zur Schuldenbremse Anfang November 2011 bekannt sind. Ebenso, dass Bund der Steuerzahler das SPD-Konzept zur Schuldenbremse deutlich kritisiert und der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst des

V.i.S.d.P.: Reinhold Hilbers, Wahlkreisbüro, Bahnhofstraße 21 a, 48529 Nordhorn, Telefon: (0 59 21) 99 14 40

Landtages dieses sogar für teilweise verfassungswidrig hält.

Auch die regionalisierten Ergebnisse der Steuerschätzung sind ein Beleg dafür, dass Niedersachsen bereits ab 2017 ohne neue Schulden auskommen kann. Die Landesregierung sorgt für gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen und eine niedrige Arbeitslosigkeit. Das zeigt sich auch in den positiven Entwicklungen der Einnahmen. Die 365 Millionen Euro Mehreinnahmen für das Jahr 2012 belegen einerseits, dass der Landeshaushalt weiterhin von der günstigen konjunkturellen Situation in Niedersachsen profitiert. Andererseits zeigen die Zahlen auch, dass in Niedersachsen die Mischung aus Konsolidieren und Investieren stimmt.

Erfreulich ist auch die Steuerschätzung für Niedersachsens Kommunen. Bezogen auf den Doppelhaushalt 2012/2013 sei für das Land mit Mehreinnahmen von insgesamt 615 Millionen Euro zu rechnen - die niedersächsischen Kommunen erhielten somit 142 Millionen Euro mehr.

Mehr Steuergerechtigkeit: Weg mit der kalten Progression

Niedersächsischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern soll vor allem im Bereich der unteren und mittleren Einkommen mehr Netto bleiben. Das fordert ein Antrag der Regierungsfraktionen, der im Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP verabschiedet worden ist.

Gerade vor dem Hintergrund der moderaten Tarifsteigerungen während der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise sorgt unser Antrag für mehr Steuergerechtigkeit für Niedersachsens Bürger. Die Pläne der Bundesregierung für Steuerentlastungen werden von der niedersächsische CDU-Landtagsfraktion voll unterstützt. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass wir bei einer Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums auch den Steuertarif an sich anpassen. Andernfalls entsteht gerade im Bereich der unteren und mittleren Einkommen eine schleichende Steuererhöhung zu Lasten der Bürger. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht vor, den Steuerfreibetrag ab 2013 in zwei Schritten um insgesamt 350 Euro auf 8354 Euro zu anzuheben. Die SPD sollte ihre Blockade zum Gesetz beenden: Wer es wirklich ernst mit den finanziellen Belangen der Empfänger kleinerer und mittlerer Einkommen meint, sollte ihnen nicht das Portemonnaie zuhalten, sondern der gerechten Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums zustimmen. Daher ist es sehr bedauerlich, dass die SPD unserem Vorschlag nicht zustimmen wollte.

EU-Projekttag in Schulen

Am 06. Mai fand bereits zum sechsten Mal der von Bundeskanzlerin Angela Merkel und den Ministerpräsidenten der Länder zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 ins Leben gerufene EU-Projekttag statt. Im Rahmen dieses Projekttages war ich am vergangenen Freitag in drei Schulen – der Hauptschule Gildehaus, dem Burgymnasium Bentheim und im Liese-Meitner-Gymnasium in Neuenhaus – um mit Schülerinnen und Schülern über Europa zu diskutieren. „Die Europäische Union ist und bleibt ein faszinierendes Gebilde, dessen Entwicklung jeder Einzelne mit gestalten und zur „erweiterten Heimat" machen kann. Das setzt voraus, dass wir Europa nicht nur mit unseren eigenen Augen, sondern auch mit den Augen unserer Nachbarn betrachten. Und das geht am besten, wenn wir unsere Nachbarn kennen. Deshalb ist es so wichtig, früh für Europa zu werben. Ich werde in den nächsten Tagen noch weitere Schulen besuchen.

Regierungserklärung zur Europapolitik

Die Landesregierung hat in der Kabinettsitzung am Dienstag ihr Europapolitisches Konzept

V.i.S.d.P.: Reinhold Hilbers, Wahlkreisbüro, Bahnhofstraße 21 a, 48529 Nordhorn, Telefon: (0 59 21) 99 14 40

beschlossen. Das hat Ministerpräsident McAlllister zum Anlass genommen, eine Europapolitische Regierungserklärung abzugeben.

Er hat sich klar zum Fiskalpakt bekannt. Nur ein auf solide Finanzen aufgebautes Europa hat eine gute Zukunft. In der Rede von David McAllister und in der anschließenden Aussprache hat er und auch Fraktionschef Björn Thümler deutlich gemacht, dass Europa mehr ist als Finanzkrise und Wirtschaftsraum.

Europa ist der Garant für dauerhaften Frieden und Freiheit. Der Einigungsprozess hat die Staaten Europas zusammenwachsen lassen und ein gemeinsames Netz und gemeinsame Wertevorstellungen entwickelt.

Bei allem, was wir im Kleinen in der Finanzkrise diskutieren, dürfen die die Grundidee, die dahinter steckt nicht aus den Augen verlieren.

Wir brauchen Europa, weil wir eine gemeinsame Geschichte haben und dasselbe kulturelle Erbe teilen.

Wir brauchen Europa weil es für Frieden, Freiheit und Gemeinsamkeit steht.

Wir brauchen Europa, weil unsere Wirtschaft, die über 60 % des Exports nach Europa schickt, neue Wachstumsmöglichkeiten dadurch hat. Mit über 500 Mio. Menschen als gemeinsamen Markt sind große Chancen für Wachstum und Wohlstand für alle verbunden.

Das Europapolitische Konzept kann abgerufen werden unter:

http://www.stk.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=1133&article_id=105689&_psmand=6

Ich kann Ihnen aber auch gern ein Textexemplar besorgen. Dazu wenden Sie sich bitte an mein Büro.

V.i.S.d.P.: Reinhold Hilbers, Wahlkreisbüro, Bahnhofstraße 21 a, 48529 Nordhorn, Telefon: (0 59 21) 99 14 40